

Für Frieden und Kooperation Zum SWP-Papier „Neue Macht – Neue Verantwortung“

Ende September 2013 haben die Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) und der German Marshall Fund (GMF) eine Stellungnahme zur deutschen Außen- und Sicherheitspolitik herausgegeben. Dies war das Ergebnis eines Projektes „Elemente einer außenpolitischen Strategie für Deutschland“, welches, durch das Auswärtige Amt gefördert, mit verschiedenen Persönlichkeiten aus Bundestag, Bundesregierung, Wissenschaft, Wirtschaft, Stiftungen, Denkfabriken, Medien und politischen Organisationen (insgesamt 53 Teilnehmerinnen und Teilnehmer) seit November 2012 erarbeitet worden ist. Organisation, Finanzierung und Zusammensetzung dieses Kreises machen die Stellungnahme zu einem hochoffiziellen Papier, mit dem sichtbar ein parteienübergreifender Konsens in den außenpolitischen Vorstellungen der politischen Klasse hergestellt und dokumentiert werden sollte. Es ist die Aufgabe von Denkfabriken, vor allem von solchen mit einer derart großen Regierungsnähe wie SWP und GMF, politische Positionen, Konzepte und Strategien zu entwickeln, die richtungsweisend in der politischen Praxis verwertbar sind. Insofern war es auch nicht überraschend, die Grundausrichtung und Kernaussagen des Papiers in dem Koalitionsvertrag von CDU/CSU und SPD im Bereich der Internationalen Politik wiederzufinden. Das Papier diene offensichtlich als Blaupause für den außenpolitischen Koalitionskonsens und erhält dadurch seine regierungsamtliche Approbation und Bedeutung.

1. Wie schon der Titel „Neue Macht – Neue Verantwortung“ verkündet, bauen die Analyse und die sich daraus ergebenden Empfehlungen auf einem Bewusstsein gesteigerter Macht in der Welt auf. Die zweifellos vorhandene ökonomische Spitzenstellung und ihre Umsetzung in einem europäischen Diktat der Austeritätspolitik sowie die eingestandenen Vorteile der Globalisierung für Deutschland untermauern ein Gefühl von Macht mit einem „Zuwachs an Aufgaben und Verantwortung“, was auch als Anspruch an die deutsche Außenpolitik zu mehr Gestaltung und Führung formuliert wird. Von der „Gestaltungsmacht im Wartestand“ zur Führungsmacht heißt der unverblümete Machtanspruch, der auch damit begründet wird, dass das Engagement der USA „in der Welt künftig selektiver“ wird, und der Anspruch an der Beteiligung an den Aufgaben der Weltordnung wächst. „Die Vereinigten Staaten sind, im Bewusstsein reduzierter eigener Ressourcen, nur noch bedingt gewillt, die internationale Ordnung als globaler Hegemon zu garantieren... Auf globaler Ebene ist so ein Führungsvakuum entstanden.“
2. Die Autorinnen und Autoren sind jedoch realistisch genug, diesen Machtanspruch nur einlösen zu wollen, wenn man sich auf verlässliche Partner stützen kann. „Eine solche partnerschaftliche Führung hat Kosten. Sie sind es wert, weil nur eine ernsthaft am Konsens und Interessenausgleich orientierte Führung auf Erfolg rechnen kann“. Sie lassen allerdings von vornherein keinen Zweifel daran aufkommen, dass für diese Führung „die gesamte Palette der außenpolitischen Instrumente“ zu bedienen ist, „bis hin zum Einsatz militärischer Gewalt.“
3. Das Weltbild der beteiligten Experten und Politiker ist durchgehend harmonisch. Friedlich und freiheitlich, offen und auf Kooperation angelegt sei diese Weltordnung. Sie soll es auch so bleiben – „es geht um ihre Anpassung und Erweiterung, nicht um eine Umgestaltung oder Neuordnung“. Wie sollte es auch anders sein, wenn vor allem Deutschland sich und die internationale Ordnung „an den Grundwerten von

Menschenwürde, Freiheit, Rechtsstaatlichkeit und gutem Regieren, demokratischer Partizipation, globaler sozialer Marktwirtschaft, nachhaltiger Entwicklung, Frieden und menschlicher Sicherheit“ orientiert. Sie verkennen nicht, dass es „gewaltige gegenläufige Kräfte“ gibt, die sie vom Klimawandel über unkontrollierte Migrationsströme bis zum Wettbewerb um knapper werdende Ressourcen getreulich aufzählen. Sie bleiben aber äußerlich, stellen die „internationale Ordnung“ in ihrer derzeitigen Verfassung nicht in Frage und bieten keinen Anlass zu größerer Unruhe mit grundsätzlichen Folgen für die Außenpolitik. Im Gegenteil „muss Deutschland bereit und imstande sein, zum Schutz dieser Güter, Normen und Gemeinschaftsinteressen im Rahmen völkerrechtsgemäßer kollektiver Maßnahmen auch militärische Gewalt anzuwenden oder zumindest glaubwürdig damit drohen zu können.“

4. Der allgemein wohlgefällige Blick auf den Zustand und die Werte dieser internationalen Ordnung wird auch nicht durch die Beobachtung getrübt, dass „die internationale Nachkriegsordnung wankt“, denn „eine neue ist nicht in Sicht“. Die alten Feinde sind nicht mehr, an ihre Stelle sind „vielfältige, diffuse Sicherheitsrisiken“ getreten. Die jedoch sind überschaubar. Die neuen „Herausforderer“ wie die BRICS-Staaten aber auch Saudi-Arabien und Katar, sind integrierbar, sie müssen nur anständig repräsentiert werden. Die „Störer“ hingegen, „prioritär“ Iran, Syrien, Nordkorea, „sekundär“ Kuba und Venezuela, begegnen den alten Instrumenten von Zuckerbrot und Peitsche: Kooperation zu den vorgegebenen Bedingungen oder Sanktionen – „bis hin zu militärischen Stabilisierungsmaßnahmen“, wenn es sich z.B. um fragile und zerfallende Staaten wie Afghanistan, Mali oder Somalia handelt. Weitere Kandidaten wie die Zentralafrikanische Republik, Niger oder Südsudan stehen auf der Warteliste. Als „Mitstreiter“ hingegen werden ohne Bedenken und Vorbehalt genannt die Türkei, obwohl sichtbar auf dem Weg in einen repressiven und autoritären Staat in der Hand von Islamisten, und Israel, obwohl mit keinen Bitten und guten Worten zur Abkehr von seiner völkerrechtswidrigen Besatzungspolitik zu bewegen.
5. Auch Deutschland ist wie jedes hochindustrialisierte Land auf den Zugang zu den internationalen Handelswegen, Märkten und Rohstoffen angewiesen. Überragendes strategisches Ziel muss es daher für deutsche Politik sein, diese Weltordnung zu erhalten, zu schützen und nach den neoliberalen Interessen ihres Exportmodells weiterzuentwickeln. Aber nicht nur das. Die wiederholte Betonung, auch militärische Gewalt als Mittel der Außenpolitik einzusetzen, schließt nahtlos an die in den Weißbüchern und Verteidigungspolitischen Richtlinien der Bundeswehr regelmäßig hervorgehobene Aufgabenstellung an, für die Sicherung der existentiellen Handels- und Rohstoffinteressen militärisch einsetzbar zu sein. Das Papier zeigt an keiner Stelle eine Alternative oder gar Distanzierung zur Militarisierung der Außenwirtschaftspolitik an. „Die Unterstützung effektiver Staatlichkeit – durch Armutsbekämpfung, Entwicklungszusammenarbeit, Krisenprävention und -management, Unterstützung der Friedenskonsolidierung oder Transformationspartnerschaften“, wird zwar als „ein wichtiger Baustein für jede regelbasierte Ordnung“ angepriesen, erweist sich aber in der Empirie nach der Zerschlagung der staatlichen Strukturen Jugoslawiens, Iraks, Afghanistans und Libyens als leeres Gerede ohne konkrete Verbindlichkeit.
6. Der Ruf nach einer künftigen Führungsrolle Deutschlands wird begleitet von der Aufforderung, sich noch stärker im Rahmen der NATO für eine militarisierte

Außenpolitik zu engagieren: „Europa und Deutschland sollen Formate für NATO-Operationen entwickeln, bei denen sie weniger auf US-Hilfe angewiesen sind. Das verlangt „mehr militärischen Einsatz und mehr politische Führung“ fordert das Papier. Das läuft darauf hinaus, Deutschland zu einer global agierenden Militärmacht zu entwickeln, die notfalls zur Waffe greift, um imperialistische Ziele zu erreichen. Verbunden ist damit zugleich der Anspruch, Teile der bisherigen Führungsrolle der USA zu übernehmen. Um dieses Ziel zu erreichen, soll vor allem die Vermittlung nach innen, in die eigene Gesellschaft verbessert werden, um Legitimation und Schlagkraft zu verbessern.

7. Die von den beiden Stiftungen einberufenen Außenpolitikerinnen und Außenpolitiker haben offensichtlich nie Kenntnis von der kritischen Diskussion in Friedensforschung und Friedensbewegung der Zivilgesellschaft genommen. Das Papier verblüfft geradezu mit seiner vollkommen unkritischen Fortschreibung bisheriger Außenpolitik. Statt durch eine stärker friedensbetonte defensive Außenpolitik fällt das Papier durch eine nachhaltige Betonung gesteigener Machtfülle und eines daraus resultierenden größeren Machtanspruchs mit einer Führungsrolle für Deutschland auf. Das Papier verzichtet auf die klassischen Formulierungen bisheriger Außenpolitik, wie das Bekenntnis zum Transatlantischen Bündnis und zur Deutsch-Französischen Freundschaft. Auffällig ist zudem das immer offenere Bekenntnis zur militärischen Komponente dieser Führungsrolle, und zwar weltweit. Selbst der alte Versuch, militärische Interventionen mit Verteidigungsrhetorik zu legitimieren, spielt keine Rolle mehr. Der einzige Dissens, den es offensichtlich gegeben hat, bezog sich auf die Frage, ob militärische Gewalt in den internationalen Beziehungen auch ohne Mandat des UN-Sicherheitsrates legitim sei. Allein die Tatsache, dass diese Frage strittig war, zeigt, wie weit man in Fragen der Außenpolitik bereit ist, sich vom Völkerrecht zu trennen. So bleibt allein die Schlussfolgerung, dass dieses Papier weder in seinen analytischen noch in seinen handlungsweisenden Positionen mit den Vorstellungen der Linken vereinbar ist, ja ihnen in den wesentlichsten Punkten direkt widerspricht.

*Das SWP-GMF-Papier wurde im Gesprächskreis Frieden der Rosa-Luxemburg-Stiftung am 2./3. November in Elgersburg und am 5. Dezember 2013 in Berlin diskutiert. Diese Stellungnahme wurde im Ergebnis der Diskussionen erarbeitet von Prof. Dr. Norman Paech, Prof. Dr. Werner Ruf und Dr. Erhard Crome.
Redaktionsschluss: 10. Januar 2014.*